



# Rundbrief

für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 3/26 (Nr.50) am 2. Februar 2026

Transformation wohin?

## Carina zum dritten

Zweimal verschoben. Wir hoffen, diesmal kommt nichts dazwischen. Am Mittwoch (!!!), 11. Februar um 18 Uhr, sehen wir uns mit Carina Webel zum Vortrag und Debatte im Großen Sitzungszimmer im ver.di-Haus.

Carina Webel ist die Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer des Saarlandes. Der Titel ihres Vortrages lautet: „Stand und Probleme der Transformation aus Sicht der abhängig Beschäftigten“. Es geht folglich um ein zentrales Problem in unserem Land. Mittlerweile beantworten ja einige Politiker den ökonomisch-technologischen Abstieg mit Rüstungskeynesianismus. So sollen ja n Freisen tausende Panzer gebaut werden.

Die Lage an der Saar ist nicht gerade rosig. Immer mehr Arbeitsplätze gehen in der Industrie verloren. Die mit großem Brimborium angekündigten Neuansiedlungen von SVolt bis Wolfsspeed haben sich zerschlagen und erinnern den älteren Zeitgenossen an die Stimmung während der Stahlkrise in den 70er Jahren. Allerdings war



seinerzeit der Staat willens und in der Lage diese Entwicklung abzufedern. Wurde weiterhin in Schulen, Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum investiert.

Uns interessiert der Stand der Transformation. Im Dezember hatten wir die Veranstaltung verschoben, da sich viele Kolleginnen und Kollegen krank gemeldet hatten, im Januar hielt uns Glatteis und eine gefährliche Wetterlage ab und nun gehen wir auf den Mittwoch, weil wir den fetten Donnerstag ganz den „Weibern“ überlassen. Schließlich beginn dann die Haupt-Fastnachtszeit, an dem die Narren die Macht übernehmen, Rathäuser stürmen und Partys starten, oft mit traditionellen Bräuchen wie dem Greesentag in Saarwellingen.

Also, bevor wir den Verstand versauen, sehen wir uns zur Diskussion bei Carina.

ver.di begrüßte das neue Jahr:

# Gemeinsam mehr erreichen

Am 22. Januar trafen sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wie jedes Jahr im Saarbrücker Schloss zum Neujahrsempfang.



Es dauerte ein wenig bis es begann, dann gab es einen Einspieler zu den Betriebsratswahlen bevor Julia Mole auf lockere Art offiziell den Neujahrsempfang der ver.di Region Saar-Trier eröffnete. Unter den Gästen neben Minister Dr. Magnus Jung und Vertretern der Arbeitnehmerflügel von SPD und CDU auch der Bundestagsabgeordnete der Linken Dr. Michael Arndt und natürlich viele befreundete Kolleginnen und Kollegen des DGB, vorneweg Timo Ahr, und der Arbeitskammer mit Geschäftsführerin Beatrice Zeiger. Unser Ortsverein war wie im-



mer sehr stark vertreten, bis auf zwei entschuldigten Mitgliedern war der gesamte Vorstand anwesend.





Vorsitzende Susanne Kasztantowicz thematisierte in ihrer Ansprache Verteilungsfragen und kritisierte die ungleiche Verteilung der Vermögen in Deutschland. Es sei Zeit für Verteilungsgerechtigkeit. Die Vermögenskonzentration sei nicht länger zu akzeptieren.

Anschließend berichtete Geschäftsführer Christian Umlauf über die Aktivitäten und Ereignisse des letzten Jahres. Er schilderte die Probleme der einzelnen Tarifauseinandersetzungen, nannte die Konflikte an den SHG-Kliniken in Völklingen, bei den Verkehrsunternehmen in Neunkirchen und kündigte auch für das aktuelle Jahr eine Reihe von Aktivitäten an. Dabei zählte er auch die Unterstützung des Ostermarsches auf, auf dem er gesprochen hatte. Er betonte, dass ver.di sich als Teil der Friedensbewegung verstehe und man müsse auf diesem Gebiet weiter aktiv sein.

Christian betonte, dass man Erfolge nur erringen könne, wenn man für seine Interessen eintrete und kämpfe. Dabei betonte er die Notwendigkeit das Arbeitszeitgesetz verteidigen zu müssen. Der 8-Stunden-Tag ist für ver.di eine hart erkämpfte Errungenschaft und ein zentraler Schutzmechanismus für Beschäftigte. ver.di ist Teil der DGB-Kampagne „Mit Macht für die 8“. Der Acht-Stunden-Tag setze gesundheitliche Belastungsgrenzen, die Arbeitgeber möchten den Arbeitstag auf 10- bis 12-Stunden ausweiten.

Christian verlangte eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Das wäre auch eine Frage, um wieder Vertrauen in die Demokratie zu bekommen.

Die derzeitige Politik würde die Wähler geradezu den Rechten zutreiben, da die Daseinsvorsorge zurückgedrängt würde.



Aktuell stehe die Tarifrunde der Länder an. Es fänden jetzt Warnstreiks statt. Er forderte die Teilnehmenden auf, sich an den öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen zu beteiligen.

Immer wieder machte Christian deutlich, dass es auf das gemeinsame Handeln ankomme. Nur gemeinsam wären wir in der Lage, Erfolge zu erringen. Mancher Gewerkschafter hätte sich vielleicht mehr politische Aussagen zu der aktuellen Lage in der Welt und im Land gewünscht, schließlich brennt es auf der Welt, in Deutschland und auch im beschaulichen Saarland. Da werden Antworten gebraucht. Wie man auch alles bewertet, eins war Konsens in den Gesprächen: ohne Kampf wird für uns nichts rauskommen. Da waren wir uns bei Frikadelle, Wein und Bier und auch Wasser einig.



### Handel im Saarland

## ver.di kündigte Entgelt-Tarifverträge

Die ver.di-Tarifkommissionen im Einzel- und Versandhandel in Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie im Groß- und Außenhandel in den Tarifgebieten Pfalz, Rheinland-Rheinhessen und im genossenschaftlichen Großhandel haben einstimmig beschlossen, die Lohn- und Gehaltstarifverträge fristgerecht zu kündigen. Die Tarifverträge enden je nach Bereich zwischen dem 31.03.2026 und dem 31.05.2026.



## Tarifrunde der Länder

# Für den Verdienst kämpfen

Die 2. Verhandlungs runde am 15. und 16. Januar war erneut eine Enttäuschung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder. Am 27. und 28. Januar traten deswegen die Kolleginnen und Kollegen der Uniklinik des Saarlandes in den Streik. Am 28.1.26 kam es vor der Saarbrücker Staatskanzlei zur Protestkundgebung.

Am 20. Januar streikten die Beschäftigten des Landesbetriebs für Straßenbau Saarland. In Tholey kam es bei der Zentralwerkstatt (Kettenweg) zur Streikkundgebung. Der Warnstreik im Universitätsklinikum des Saarlandes für alle Tarifbeschäftigte, Auszubildende und Parktikant\*innen sowie Dual Studierende fand von Dienstag, 27.1. von 4 Uhr bis Donnerstag den 29.1. um 7 Uhr statt.

Am 28. Januar versammelte man sich vor der Staatskanzlei in Saarbrücken. Das Ziel: gemeinsam den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen. Gewerkschaftssekretär Florian Schäfer begrüßte die Streikenden, die trotz strömenden Regen ihren Protest in Sichtweise der Staatskanzlei deutlich und mutig formulier-



ten. Symbolträchtig die Bemerkung von Florian, der davon sprach, dass die Arbeitgeber die Beschäftigten im Regen stehe ließe.



Beeindruckend waren die unterschiedlichen Berufe an der Uniklinik, die ihre Arbeit darstellten, erfreulich die große Anzahl der Auszubildenden unter den Streikenden. Da wurde deutlich, welche Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge für die Gesellschaft erbracht werden. Aber man will ihnen noch nicht einmal das Gehalt bezahlen, was im Kommunalen- und Bundes-Bereich üblich ist, mit anderen Worten. Die Pflegekraft z.B., an der Universität des Saarlandes bekommt weniger als ihre Kollegin im kommunalen Krankenhaus St. Ingbert.



Das empfinden die Kolleginnen und Kollegen als „zutiefst ungerecht,“ so die Vorsitzende des Landesfachbereichsvorstandes des Fachbereichs C, Kollegin





Susanne Reimer-Jahr, die selbst als OP-Schwester im Uniklinikum arbeitet.

ver.di kritisiert, dass die Tarifgemeinschaft der Länder immer noch kein Angebot vorgelegt hat. Die Gewerkschaften fordern für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten 7 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 300 Euro monatlich zur Stärkung der unteren Lohngruppen. Für Nachwuchskräfte sollen die Vergütungen um 200 Euro pro Monat steigen, zudem wird die unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung gefordert. Studentische Beschäftigte sollen ein tariflich ga-

rantiertes Mindeststundenentgelt erhalten. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen. Die Länder sparen seit Jahren am Personal. Im ge-



samtten Öffentlichen Dienst in Deutschland sind rund 600.000 Stellen unbesetzt.

„Während Geld für Aufrüstung vorhanden sei, beschimpft man nun die Kolleg\*innen für ihre angeblich „astronomischen“ Forderungen. Sie verlangen zu Recht Respekt für ihre Arbeit und spürbare Verbesserungen,“ betonte der OV-Vorsitzende Rainer Tobae, der mit zahlreichen Kolleg\*innen des ver.di-Ortsver-



eins die Protestierenden unterstützte. Die Kolleginnen und Kollegen im Länderbereich brauchen dringend unsere Solidarität. Alle betroffenen Bereiche werden für den 10. Februar in den

Streik gerufen. Wir unterstützen unsere Kolleg\*innen und kommen zur Kundgebung auf den Tbilisserplatz in Saarbrücken. Denkt daran: Wir müssen uns wehren und zusammen geht mehr!



# Gelesen und für interessant befunden:

## Firmenpleiten

Die anhaltende Wirtschaftskrise zwingt immer mehr Firmen zur Geschäftsaufgabe. Die Zahl der Insolvenzen ist 2025 sogar höher als während der Finanzkrise 2009. Auch für das begonnene Jahr erwarten Wirtschaftsinstitute keine Trendwende.

Insgesamt habe es 17.604 Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften gegeben. Insgesamt waren etwa 170.000 Arbeitsplätze betroffen.

Gelsen bei **ntv** am 8. Januar

## Schönwetterbahn

Die Bahn könnte mehr dafür tun, um auch bei Schnee und Eis fahrtüchtig zu bleiben, sagt der Experte Markus Hecht von der TU Berlin. Anders als in Österreich sei die Deutsche Bahn nicht ausreichend für Winterverhältnisse ausgerüstet.

Gesehen beim **Deutschlandfunk** am 9. Januar



## Militarisierung in den USA

Trump will den Rüstungsetat für 2027 auf 1,5 Billionen US-Dollar hochschrauben. Proteste im gesamten Land nach tödlichen Schüssen eines ICE-Beamten. US-Präsident Donald Trump verlangt eine Aufstockung des offiziellen US-Militärhaushalts um zwei Drittel, von 900 Milliarden US-Dollar im Jahr 2026 auf 1,5 Billionen US-Dollar im Jahr 2027.

Gesehen in der **jungen welt** am 9. Januar

## Superreiche und Klimakrise

Das reichste ein Prozent hat schon am 10. Januar ihr gesamtes CO2-Jahresbudget aufgebraucht. Das hat die Entwicklungsorganisation Oxfam berechnet. Sie setzt als legitime CO2-Menge für eine Person in einem Jahr 2,1 Tonnen an.

Gelesen in der **taz** am 11. Januar

## Monroe-Doktrin heißt ...

Was bedeutet Trumps Rückbesinnung auf die Monroe-Doktrin für Europa? Ein genauer Blick auf die Doktrin aus dem 19. Jahrhundert zeigt: Europa muss sich bald entscheiden, und Friedrich Merz ist völlig auf dem falschen Weg.

In der europäischen Überhöhung der Monroe-Doktrin spiegelt sich vor allem die „wirkmächtige“ Lebenslüge der europäischen Transatlantiker. Denn gehalten haben sich die US-Regierungen immer nur an jenen Teil der Doktrin, der in ihrem ureigenen Interesse lag. Und das heißt, sie beanspruchten und beanspruchen ein US-Monopol auf Interventionen in der „westlichen Hemisphäre“; nur sie allein hätten ein Anrecht auf Bedrohungen, Erpressungen, Militäroperationen und „Regime Change“ in Nord-, Mittel- und Südamerika. Einmischungen von außerhalb betrachten sie deshalb als feindseligen Akt gegen die Vereinigten Staaten. Die in der Monroe-Doktrin ebenfalls enthaltene Aussage, im Gegenzug zu diesem Diktum würden sich die USA künftig aus innereuropäischen Angelegenheiten heraushalten, wurde dagegen äußerst flexibel interpretiert.

Gelesen in der **Freitag** am 12. Januar

## SB-Kassen

Sie sind schnell, praktisch – und umstritten. Selbstbedienungskassen (SB-Kassen) gehören in Supermärkten, Discountern und Drogerimärkten inzwischen für viele Kunden zum Alltag. Handelsketten werben mit kürzeren Wartezeiten, effizienteren Abläufen und mehr Flexibilität beim Bezahlen.

Die Gründe für die Skepsis sind vielfältig. Einige Kunden fühlen sich von der Technik überfordert, andere empfinden das Scannen und Abwiegen der Waren als zusätzliche Arbeit. Hinzu kommen Fehlermeldungen, Alterskontrollen oder der Ruf nach Personal, wenn das System streikt – was den versprochenen Zeitgewinn oft zunichtemacht.

Gelesen im **Merkur** am 13. Januar

## Wir können uns nicht mehr auf die Amerikaner verlassen

Langsam erreicht die Europäer die Erkenntnis, dass sie sich in Sachen Sicherheit, aber auch in Bezug auf die demokratischen Werte nicht mehr auf die USA verlassen können – jedenfalls so lange, wie US-Präsident Donald Trump in den Vereinigten Staaten das Regiment führt. Nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro erhebt Trump nun den Anspruch auf die dänische Insel Grönland, womit die gesamte Sicherheitsarchitektur Europas auf den Kopf gestellt wird. Das neue Schlagwort des politischen Vokabulars lautet „Epochenbruch“.

Gelesen in den **Nachdenkseiten** am 13. Januar

## Bezirksvorstand:

# Aktionsfond für Treffen im Juni in Frankreich

Dem Antrag des Ortsvereins zur Unterstützung des geplanten Internationalen Treffen gegen Faschismus und Krieg am 21. Juni 26 hat der Bezirksvorstand am 27. Januar einstimmig entsprochen. Damit steht der Busfahrt und der Aktion im Dreiländereck nichts mehr im Weg. Wir können mit der Feinplanung beginnen. Auf der Sitzung, die sich hauptsächlich mit Organisationsfragen in Vorbereitung der Bezirkskonferenz am 29. Oktober befasste (Antragsschluss ist der 11.9.), beriet man eine Kampagne unter dem Titel „Kommunen am Limit - Demokratie am Abgrund“. Der Bezirksvorstand beschloss der Konferenz einen 23köpfigen Vorstand vorzuschlagen, wovon 13 Kolleginnen sein müssen. Der Ortsverein hat eine Kandidatin für den Bezirksvorstand zu nominieren. Zur Konferenz können wir zwei Delegierte entsenden, allerdings können ja auch Mitglieder des Ortsvereins bei den Fachbereichen bzw. Personengruppen gewählt werden.

Ein weiterer Beschluss für den Aktions- und Kampagnenfond erfolgte für den Fachbereich C, der dieses Jahr mit einem Bus zur Gesundheitsministerkonferenz am 10. und 11. Juni nach Hannover fahren wird. Wer den Gesundheitsminister\*innen auf die Nerven fallen will, ist herzlich eingeladen sich zu beteiligen. Auch wurde bekannt, dass der ver.di Bezirk auch 2026 den Ostermarsch Saar unterstützt. Dieser wird in gewohnter Weise am Ostersamstag durch Saarbrücken marschieren.

## Berlin-Brandenburg:

# DGB verurteilt die militärische Aggression der USA auf Venezuela

Die 9. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg begrüßt und unterstützt die Erklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 3. Januar 2026 und verurteilt die militärische Aggression der USA auf Venezuela und die Verletzung seiner Souveränität.

Für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist das Völkerrecht nicht nur „the guiding framework“ (Merz auf X), also so etwas wie eine Leitplanke; nicht nur ein Rahmen, aber „kein Käfig“, wie für den Bundeskanzler Friedrich Merz. (Süddeutsche Zeitung, 5./6.1.26).

Das unveräußerliche Recht auf nationale Souveränität ist die Grundlage für Demokratie.

Weltweit haben Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen diesen Gewaltakt Trumps protestiert.

„Wir treten ein für die Souveränität, den Frieden und die Selbstbestimmung aller Völker.“

# Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg am 21. Juni 2026

Gewerkschaftliche Friedensfahrt mit dem Bus nach Metz und Boulay

Besichtigung Fort de Queuleu

Kundgebung am Denkmal des Widerstandes  
Freundschaftsessen

Besichtigung des Gedenkortes Ban-Saint-Jean  
Internationale Kundgebung  
Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!"

**ver.di OV Saar-Blies und Kooperationspartner im Dreiländereck**  
Anmeldung ab bei Michael@Quetting.de

## Angriff auf uns:

# Teilzeit ist ein Recht

Die aktuellen Forderungen aus der CDU, das Recht auf Teilzeit einzuschränken, sind ein Angriff auf die Selbstbestimmung von Beschäftigten. Teilzeit ist für viele kein Freizeitmodell, sondern die einzige Möglichkeit, Arbeit, Kinderbetreuung und Pflege zu organisieren. Wer den Anspruch beschneidet, verdrängt Menschen aus dem Arbeitsmarkt oder drängt sie in prekäre Scheinlösungen.

In der Realität wird Carearbeit in nahezu allen Fällen von Frauen übernommen. Ein Angriff auf Teilzeit trifft deshalb Frauen besonders hart, verschärft die Lohnlücke und bremst berufliche Entwicklung. Teilzeit ist oft für die meisten Frauen die einzige Möglichkeit, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen und nicht die vorgeworfene „Lifestyle-Entscheidung“. Deutlich wird das insbesondere durch den finanziellen Nachteil, der durch Teilzeitarbeit entsteht: dem DGB zufolge hatten im Jahr 2015 39 Prozent der Frauen zwischen 30 und 50 Jahren ein eigenes Nettoeinkommen von unter 1000 Euro.

„Wer Teilzeit einschränkt, löst keinen Fachkräftemangel, sondern verdrängt vor allem weibliche Beschäftigte aus guter Arbeit und verschärft ihre Lage sogar. Die Antwort heißt nicht Rechte kürzen, sondern Kitas ausbauen, Pflege entlasten und Arbeitszeiten so gestalten, dass Vollzeit überhaupt möglich ist“, sagte Marion Paul.

Man müsse die nötigen Voraussetzungen schaffen, und nicht die Rechte streichen, betonte die Landesbezirksleiterin ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland.

## Impressum:

### Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: [christian.umlau@verdi.de](mailto:christian.umlau@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf